Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1590. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 211. **Donnerstag, 10. September 1931, abends.** **84. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Zehn Jahre „Abrüstung".

Zur Veröffentlichung der deutschen Rüstungs-Angaben. — Zalenjongleure und Kulissenschieben. — Von Washington bis Genf.

Die Beantwortung der Völkerbundsumfrage über den internationalen Rüstungsstand durch die deutsche Regierung gibt Veranlassung, einmal wieder auf die Abrüstungsarbeit in der Nachkriegszeit zurückzublicken, um so mehr, da im November zehn Jahre seit dem Zusammentritt der ersten „echten" Abrüstungs-Konferenz von Washington verflossen sein werden. Zwar brachte diese Konferenz in gewisser Beziehung eine tatsächliche Beschränkung der Seerüstungen, allein im wesentlichen war sie dem Interessenausgleich der beteiligten Hauptmächte im Bereich des Pazifischen Ozeans gewidmet. „Die Fackeln der Völkerverständigung sind entzündet — so charakterisierte der amerikanische Präsident Harding das Resultat der Washingtoner Konferenz — sie werden leuchten und ihr Licht weiterverbreiten . . . ." Es ist kein erfreulicher Weg, den diese Fackeln seither beleuchtet haben, und nichts kann grotesker sein, als der Zwiespalt zwischen den dort und seither immer wieder mit salbungsvollem Pathos verkündeten Grundsätzen und der Wirklichkeit, wie sie sich heute in den Angaben der einzelnen Länder über den Rüstungsstand darstellt.

Daß ernsthafte Menschen angesichts der vorliegenden Tatsachen überhaupt noch von Abrüstung sprechen, ist nur auf die außerordentliche und bedenkenlose Geschicklichkeit einiger Hauptakteure dieser Abrüstungstragikomödie zurückzuführen. Bis wohin die Gewissenlosigkeit ihrer Aktionen unter Umständen geht, hat sich — andeutungsweise und niemals völlig erhellt — ergeben aus dem Fall Shearer, von dem man bekanntlich mit guten Gründen annehmen muß, daß er gegen ein hohes Dollarhonorar gelegentlich versucht hat, auf dem Wege über die unmerkliche Beeinflussung der Oeffentlichkeit insbesondere die Seeabrüstungsverhandlungen zu torpedieren. Nicht minder unverantwortlich jedoch sind Jongleurkunststücke wie die, deren sich der französische „Sozialist" Paul-Boncour immer wieder bedient. Hat er es doch fertig gebracht, nachzuweisen, daß Deutschland tatsächlich deswegen eine schwere militärische Bedrohung Frankreichs darstellt, weil die französischen aktiven Soldaten nur je 365 Tage unter Waffen stehen, während jeder Mann der deutschen Reichswehr 12 mal 365 Tage dient. Derartige Rechenkunststücke im Zusammenhang mit seinem berüchtigten „potentiel de guerre", diesem ungreifbaren, aber zur Stützung jeder Behauptung ausgezeichnet zu mißbrauchenden Begriff von der eventuellen militärischen Leistungsfähigkeit eines Landes, haben diesen geschickten Verteidiger der französischen Abrüstungsgegnerschaft noch jeglichen wirklichen Fortschritt in der Abrüstung zu verhindern ermöglicht.

Dafür zeugt auch die Formulierung der Abrüstungskonvention, die nach jahrelangen Auseinandersetzungen, nach 120 Sitzungen mit 111 Resolutionen und einer Erzeugung von 200 Tonnen Drucksachen endlich im Dezember v. J. zustande gekommen ist, und die auch das Schema enthält, auf Grund dessen die einzelnen Staaten ihre Angaben über den Rüstungsstand zu machen haben. Die deutsche Regierung hat sich mit aller Entschiedenheit gegen die Anerkennung dieses Schemas gewandt, das auf den Nachweis der wirklich wichtigen Dinge, nämlich der ausgebildeten Reserven und des Materials verzichtet. Es ist ihr nicht gelungen, ihre Wünsche nach einem ehrlicheren Schema durchzusetzen und sie hat sich schließlich gefügt, um nicht den Vorwurf auf sich zu laden, auch nur irgendwie Fortschritte in der Behandlung des Abrüstungsproblems verhindert zu haben. Sie hat darüber hinaus darauf verzichtet, die Bekanntgabe des deutschen Rüstungsstandes mit formellen Vorbehalten oder einem eingehenden Memorandum zu begleiten, wie es Frankreich getan hat. Um so notwendiger ist, daß diese Vorbehalte, daß diese Kommentierung von anderer Seite her mit allem Nachdruck gegeben werden.

Deutschland ist gegenwärtig bei jedem Versuch, mit aller Offenheit und Entschiedenheit gegen die bisher verfolgten Abrüstungsmethoden und die Methoden der Behandlung des Problems zu protestieren, in der besten Gesellschaft. Als im September 1924 im Rahmen der fünften Völkerbundsversammlung MacDonald, damals zum ersten Mal englischer Premierminister, das Wort nahm, sagte er, was heute in noch viel höherem Maße als damals zutrifft: „. . . wenn wir nach all den furchtbaren Beispielen der Geschichte, die beweisen, daß militärische Macht die Sicherheit nicht zu garantieren vermag, rückwärts schreiten und den Wahnsinn unserer Vorgänger wiederholen, dann ist diese Sicherheit, die wir nur für eine kurze Gegenwart schaffen, nichts anderes als ein Verrat gegen die Völker, die wir einlullen und die wir mit dieser falschen Idee einschläfern . . . ." Der Mann, der dies sagte, in klarer und unbeirrter Fortführung einer politischen Linie, die ihm in seinem politischen Leben zweimal — in der Zeit des Burenkrieges und in den Augusttagen 1914 — den Haß und die Verachtung fast aller seiner Landsleute, den vollkommenen gesellschaftlichen Boykott eingetragen hatte, und die er darum doch nicht verließ, ist heute der Premierminister einer nationalen Koalitionsregierung. Es scheint also doch nicht unmöglich, daß die Idee der Abrüstung sich schließlich gegen alle dunklen und gewissenlosen Treibereien durchsetzt, wenn sie nur entschlossene und durch keine Kompromißlockungen beirrbare Verteidiger findet.

Rücktritt des Vizeadmirals Oldekop.

Berlin. (Funkspruch.) **Der Flottenchef der deutschen Reichsmarine Vizeadmiral Oldekop scheidet mit dem 30. September d. J. aus der Reichsmarine aus.**

Der aus dem Dienst scheidende Flottenchef **Vizeadmiral Oldekop** steht im 54. Lebensjahr. Er trat am 2. April 1895 als Seekadett in die Marine ein und wurde nach den üblichen Ausbildungskommandos zunächst in der Torpedowaffe verwendet, später im Admiralstab der Marine in Berlin. Er war Navigationsoffizier auf den Panzerkreuzern „Blücher" und „Moltke" und erhielt im Jahre 1912 ein Kommando zum Reichsmarineamt. Im Kriege war er Erster Offizier des Panzerkreuzers „Hindenburg" und Admiralsstabsoffizier beim 4. Geschwader. Nach dem Zusammenbruch wurde er zum Chef des Stabes der Flotte unter Admiral von Reuter ernannt, an deren Versenkung in Scapa Flow er tätigen Anteil hatte. Die neue Reichsmarine sah Oldekop als Chef der Flottenabteilung in der Admiralität, als Kommandant des Linienschiffes „Hannover" und als Befehlshaber der leichten Seestreitkräfte der Ostsee. Am 1. Oktober 1925 erfolgte sein Kommando zum Reichswehrministerium als Chef des allgemeinen Marineamtes. Am 30. September 1927 wurde er zum Flottenchef ernannt und in dieser Stellung am 1. Januar 1928 zum Vizeadmiral befördert. Diesen Dienstgrad behielt er bis zu seinem jetzt erfolgten Ausscheiden bei. Solange ihm die Flotte unterstellt war, hat sie zahlreiche größere Auslandsfahrten unternommen, so im vergangenen Jahr eine längere Fahrt nach dem Mittelmeer und in diesem Jahr einen Besuch der norwegischen Häfen.

Der zum Nachfolger Vizeadmiral Oldekops ausersehene **Konteradmiral Gladisch** wurde am 2. Jan. 1882 in Berlin geboren und trat am 12. April 1898 in die Marine ein. In seine früheste Dienstzeit fallen verschiedene Kommandos im In- und Auslande, so war er viele Jahre in Ostasien. Während des Krieges war Gladisch als Artillerieoffizier auf dem Linienschiff „Nassau" und später auf dem Panzerkreuzer „Von der Tann". Von 1917 bis Ende des Krieges wirkte er als Admiralsstabsoffizier bei dem Kommando der Hochseeflotte. In den Nachkriegsjahren war er zunächst in der Marineleitung, später vom Juli 1923 ab Kommandant der Kreuzer „Arkona" und später „Amazone". Bis zum November 1928 hatte Konteradmiral Gladisch die Stellung eines Chefs des Stabes der Flotte inne. Danach folgte seine Ernennung zum Befehlshaber der Seestreitkräfte der Ostsee und im Jahre 1930 wurde er Chef des Marinekommandoamtes in Berlin.

Wachsende Schwierigkeiten für Dr. Curtius.

Annahme eines Mißtrauensantrages im Reichstage fast sicher!

)(**Berlin.** In der der Regierung nahestehenden Presse werden die **Aussichten des Reichsaußenministers Dr. Curtius,** nach dem Mißerfolg der Zollunion seinen Posten weiter beibehalten zu können, **immer skeptischer beurteilt.** So weist heute das „Berliner Tageblatt" im Anschluß an die gestrige Stellungnahme der Landvolkpartei darauf hin, daß die Gefahr bestehe, „und mit dem Hinzutritt jeder weiteren kleinen Gruppe wächst, daß schließlich im Reichstag unversehens eine **Mehrheit** für die Annahme eines Mißtrauensantrages gegen den Reichsaußenminister beisammen ist." Das demokratische Blatt glaubt die Situation so schildern zu müssen, daß sie von der Regierung und auch von den anderen Parteien genau zu verfolgen sei, um zu **vermeiden, daß beim Zusammentritt des Reichstages unliebsame Ueberraschungen vor sich gingen, von denen auch die Gesamtregierung mit betroffen werden könnte.** Von hohem Interesse ist in diesem Zusammenhang nun auch noch die Tatsache, daß **selbst in der der Volkspartei sehr nahestehenden Presse die Aussichten des Reichsaußenministers ganz minimal eingeschätzt** werden. So veröffentlicht die volksparteiliche „Kölnische Zeitung" einen Aufsatz, der sich mit Dr. Curtius beschäftigt, und in dem es u. a. heißt: „Ob Dr. Curtius, der zur Zeit noch in Genf weilt, sich bereits mit dem Gedanken seines Rücktritts vertraut gemacht hat, läßt sich zur Zeit noch nicht erkennen. Man behauptet freilich, daß **Staatssekretär v. Bülow den Auftrag habe, Dr. Curtius auch darüber zu unterrichten, welche Stimmung seine Genfer Niederlage in Berlin erzeugt habe.**

Spätestens bei seinem Wiedereintreffen in Berlin wird sich **Dr. Curtius davon überzeugen müssen,** daß die gegen ihn gerichtete Kritik eine innerpolitische Tatsache darstellt, **die ihm ein weiteres Verbleiben im Amt und eine Vertretung seiner Politik vor dem Parlament unmöglich macht.** Man wird ihm dann wohl auch die Frage vorlegen, ob er sich nach dem Genfer Mißerfolg noch die Kraft zutraut, einem **Mißtrauensantrag im Reichstag mit Erfolg zu begegnen.** Daß ein solcher Antrag kommen und daß sich nach Lage der Dinge darauf eine übergroße Mehrheit vereinigen wird, kann schon heute mit Bestimmtheit vorausgesagt werden."

Nach diesen Darlegungen eines volksparteilichen Blattes, das sicherlich nicht ohne Fühlungnahme mit den führenden Stellen der Volkspartei seine Anschauungen niederlegt, kann man wohl annehmen, daß **Dr. Curtius nun die längste Zeit Außenminister gewesen ist.**

Beratungen der Volkspartei

Berlin, 10. September.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat in zwei Sitzungen in Potsdam eine umfassende politische Aussprache gepflogen. Der erste Teil der Beratungen galt den finanziellen und wirtschaftlichen Problemen. Der gemeinsame Gedanke der Vorschläge und der Aussprache bewegte sich in der Richtung, die darniederliegende Wirtschaft und den Arbeitsmarkt durch kreditpolitische Lockerungen, Herabsetzung der öffentlichen Lasten und Verminderung der Produktionskosten zu beleben und damit auch die Gesundung der öffentlichen Finanzen herzustellen. Die Reichstagsfraktion setzte zur weiteren Beratung dieser Probleme besondere Ausschüsse ein, die der nächsten Fraktionssitzung, die für den 23. September in Hamburg vorgesehen ist, bestimmte Richtlinien vorlegen sollen.

Der zweite Tag der Potsdamer Beratungen galt der allgemeinen politischen Lage, insbesondere der Außenpolitik, über die der Vorsitzende, Abg Dingeldey, den einleitenden Bericht erstattete. Dabei wurden auch die Verhandlungen in Genf einer eingehenden Besprechung unterzogen. Von den Verhandlungen des Parteiführers mit dem Reichsaußenminister Dr. Curtius wurde zustimmend zur Kenntnis genommen.

In der inneren Politik forderte die Fraktion mit aller Entschiedenheit ein rasches und entschlossenes Handeln der Reichsregierung. Das Zögern der Staatsführung in der Durchführung oft angekündigter und dringend erforderlicher Maßnahmen könne von der Deutschen Volkspartei nicht länger geduldet werden.

Stillhalteabkommen unterzeichnet

Berlin, 10. September.

Das Stillhalteabkommen ist gestern durch die drei beteiligten deutschen Stellen, Reichsbank, Deutsche Golddiskontbank und Bankenkomitee, unterzeichnet worden. In Kraft tritt das Abkommen an dem Tage, an dem die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich an die beteiligten Stellen die Mitteilung gelangen läßt, daß sämtliche Vertragsparteien den Vertrag unterzeichnet haben. Der maßgebende Text des Stillhalteabkommens usw. einschließlich Mantelvertrag wird bekanntgegeben werden, sobald der Vertrag in Kraft getreten ist.

Das italienische Memorandum.

Genf. (Funkspruch.) Die **italienische Regierung** hat dem Völkerbundssekretariat die erbetenen **Angaben über den Staud der italienischen Rüstungen** jetzt gleichfalls eingereicht. Wie verlautet, enthält das Memorandum der italienischen Regierung eine Anspielung auf die Anregung eines Rüstungsstillstandes während der Abrüstungskonferenz, die bekanntlich der Außenminister Grandi in diesen Tagen in der Völkerbundsversammlung eingebracht hat. Italien hat nach den Angaben des Memorandums 280 000 Mann unter der Fahne und 1500 Kampfflugzeuge, die Heeresausgaben sollen in dem Memorandum mit 6 Milliarden Lire angegeben sein. Das Memorandum wird erst in den nächsten Tagen veröffentlicht.

Der mexikanische Senat für Eintritt in den Völkerbund.

Mexiko. (Funkspruch.) **Der Senat beschloß einstimmig, die Einladung des Völkerbundes zum Eintritt in den Bund anzunehmen.**